

# **Handout zur Vorbereitung des frauenpolitischen Beirats der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Frau Dilek Kolat, am 11. September 2015 zum Thema „Wohnen und Frauen“**

---

## **1. Vorbemerkungen**

Die Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist durch Politik, Medien, Mieterverein, bürgerschaftliche Organisationen und Wissenschaft in den vergangenen Monaten und Jahren weitgehend und ausführlich analysiert worden.

Verweis auf:

- Analysen, Aktivitäten + Konferenzen des Berliner Mietervereins
- Studie der Humboldt Universität zu Berlin als „Hauptstadt der Zwangsräumungen“ (10 000 jährlich!!!)
- Forderungen des Berliner Landesfrauenrats zum Thema „ Bezahlbares Wohnen aus der Perspektive von Frauen“
- 6. Berliner Sozialgipfel am 9.9.2015 zum Thema „ Mehr Mieterschutz statt mehr Miete“

Wesentlich Ursachen der heutigen Dramatik liegen in der späten Kenntnisnahme von sozial bedenklichen, mieterfeindlichen Stadtentwicklungen und dem daraus folgenden Defizit an politischen Strategien gegen rasant steigende Mietentwicklung, Privatisierung von Landeseigentum und Verdrängung.

Langsam versucht die Berliner Landespolitik „ gegenzusteuern“. Mit der Mietpreisbremse seit dem 1. Juni 2015 zeigen sich erste Ansätze von Veränderungen, aber die Situation bleibt insgesamt kritisch. Jeder Mensch ohne ein bezahlbares „Dach über dem Kopf“, jeder obdachlose Mensch in der Hauptstadt zeigt ein Versagen von Politik und beschädigt das Image der Stadt.

## **2. Worin besteht die Geschlechterspezifität beim Wohnen**

Durch Lohnungleichheit, lückenhafte Erwerbszeiten durch Kindererziehung, Tätigkeiten im „Niedriglohnsektor“ unterliegen Frauen einem besonders hohen Armutsrisiko. Alleinerziehende Frauen mit Kindern und ältere Frauen sind nicht unbegrenzt mobil bei ihrer Suche nach bezahlbarem Wohnraum!

Welche Gruppen von Frauen sind Armutsgefährdet bis zu drohendem Wohnungsverlust:

- Alleinerziehende Mütter mit Kindern
- Frauen im langjährigen ALG- II Bezug
- Ältere alleinlebende Frauen mit geringer Rente/„Grundsicherung“
- Frauen in Gewaltsituationen und folgender Erwerbsunfähigkeit

Diese Frauen sind teilweise existenziell benachteiligt bei der Versorgung mit bezahlbarem menschenwürdigem Wohnraum.

## **3. Über welche politischen Forderungen könnte der frauenpolitische Beirat am 11.9. beraten?**

- Stärkung des sozialen Wohnungsbaus in Berlin
- Bündnis des Senats mit den landeseigenen Wohnungsbaugenossenschaften
- Kein weiterer Verkauf von Landeseigentum
- Ausdehnung der Mietschutzgebiete
- Senkung der Einkommensgrenzen für Mietberechtigungsscheine und Kostenübernahme der Jobcenter für alleinerziehende ALG II Empfängerinnen
- „Runder Tisch“ des Senats für die bessere Versorgung von alleinerziehenden Müttern und Frauen in Gewaltsituationen mit bezahlbarem Wohnraum
- Masterplan gegen Obdachlosigkeit von Frauen in Kooperation mit der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin